

WACHSTUMSKRITIK UND POSTWACHSTUMSGESELLSCHAFT

EINE KRITIK AUS LINKER SICHT

In diesem Beitrag wird versucht, einen kritischen Standpunkt zur Wachstumskritik und zu den Entwürfen einer Postwachstumsgesellschaft aus linker Sicht zu skizzieren. Die Kritik am Wachstum der Industriegesellschaft ist nun angesichts der immer klarer erkennbaren Folgen der anthropogenen Erderwärmung hochaktuell, geht aber bis ins 19. Jahrhundert zurück und umfasst sehr verschiedene Strömungen, und das Gleiche gilt für die linke Analyse und Kritik der bestehenden Verhältnisse. Für eine Positionsbestimmung ist also zunächst zu klären, was hier unter «Postwachstumsgesellschaft» und was unter «linker Perspektive» verstanden werden soll.

Die hier eingenommene «linke Perspektive» folgt zum Ersten der marxistischen Analyse, der zufolge alle historischen Gesellschaften seit Beginn von Ackerbau und Viehzucht durch die Existenz einer Klasse von Privilegierten charakterisiert sind, die sich den Zugriff auf die Produktionsmittel sichern (zunächst Vieh und Boden, danach Sklav*innen und andere Unfreie, schliesslich Handels- und Sachkapital sowie geschütztes geistiges Eigentum) und damit über die Entstehung und Verteilung der gesellschaftlichen Produktion entscheiden. Zum Zweiten sieht diese Perspektive im technisch-wissenschaftlichen Fortschritt das entscheidende Potenzial für eine bessere Gesellschaft, in welcher zugleich ausreichend Güter und Dienstleistungen für ein gutes Leben aller verfügbar sind und mühsame, gefährliche oder auch nur langweilige Arbeiten zunehmend von Maschinen ausgeführt werden. Zum Dritten ist diese Perspektive geprägt von Empathie für Ärmere, Stigmatisierte und Unterdrückte, welche unter Umständen leiden, die beim gegebenen Stand der Entwicklung vermeidbar wären. In letzter Konsequenz folgt

sie damit dem «kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist» (Marx 1976: 385). Viertens ist diese Perspektive prinzipiell internationalistisch. Die angestrebte bessere Gesellschaft kann damit nur global gedacht werden.

Entwürfe einer postindustriellen stationären Wirtschaft mit einer gleichbleibenden Bevölkerungsgrösse und konstantem Pro-Kopf-Einkommen können von John Stuart Mill (1848) über John Maynard Keynes (1963) bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgt werden. Ihnen gemeinsam ist die Aussicht auf Wohlstand ohne Überfluss mit Suffizienz beim materiellen Verbrauch und kurzen Arbeitszeiten im Erwerbsprozess. Die 1972 vom Club of Rome vorgerechneten «Grenzen des Wachstums» gaben dem Ganzen eine betont pessimistische Note (Meadows et al. 1972).¹ Aus der Annahme eines fortschreitenden Ressourcenverbrauchs und insbesondere eines anhaltenden Bevölkerungswachstums folgte das düstere Szenario eines geplünderten und überbevölkerten Planeten. Zumindest die zweite Annahme ist mittlerweile empirisch widerlegt. Im globalen Norden liegt die Geburtenziffer vielfach schon so niedrig, dass daraus ein Bevölkerungsrückgang resultiert, und im globalen Süden sinkt sie praktisch überall schnell. Die Projektionen der Vereinten Nationen gehen von einem sich schnell verflachenden Anstieg der Weltbevölkerung von 9 auf 11 Milliarden aus, der bis zum Ende des 21. Jahrhunderts ganz zum Stillstand kommen wird.² Die Bevölkerungsbombe ist also entschärft.

Bei der Ressourcenbelastung kann aber leider keine Entwarnung gegeben werden. Im Gegenteil, mit der praktisch ungebremsten Erderwärmung ist eine Bedrohung der Lebensgrundlagen der Menschheit hinzugekommen, von der die Klassiker noch keine Vorstellung hatten. Erste Warnungen von Klimaforscher*innen gibt es zwar schon seit den 1970er-Jahren, in der Postwachstumsdebatte gewinnt die Erderwärmung aber erst seit den 1990er-Jahren an Gewicht.

Eine Übersicht über die wichtigsten aktuellen Strömungen dieser Debatte würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Zumindest erwähnt seien neben dem übergreifenden Plädoyer für Subsistenz und einem Ende des Wirtschaftswachstums als wiederkehrende Elemente die Betonung von Gemein- bzw. Bedarfswirtschaft anstelle von Markt- bzw. Erwerbswirtschaft, ein bedingungsloses Grundeinkommen, welches die Bedeutung von Erwerbsarbeit mindert, landwirtschaftliche und gewerbliche Eigenproduktion, eine kleinräumige wirtschaftliche und gesellschaftliche Organisation sowie mitunter auch basisdemokratische Entscheidungsprozesse.³

Vom herrschenden Politik- und Wissenschaftsbetrieb wird die Bedrohung durch die Ressourcenbelastung und die Erderwärmung zwar kaum mehr geleugnet, aber schnelle und wirksame Massnahmen zum Gegensteuern werden eher zögerlich oder auch gar nicht ergriffen. Die mit staatlichen Eingriffen verbundenen, wie auch immer erreichten, aber letztlich unvermeidlichen Einschnitte beim persönlichen Konsum und Freizeitverhalten werden weithin für inakzeptabel erklärt. Stattdessen wird an die «Eigenverantwortung» appelliert und darauf gesetzt, dass

der technisch-wissenschaftliche Fortschritt eine Entkoppelung von Produktion und Ressourcenbelastung bewerkstelligen wird, welche die Grenzen des Wachstums aufhebt.⁴ Eine aktive Wirtschaftspolitik mit dem Ziel der Wachstumsverlangsamung hin zu einer stationären Wirtschaft hat auch deshalb einen schweren Stand, da sie die Geschäftsgrundlage der Wohlfahrtsstaaten infrage stellen würde, der zufolge Umverteilung und sozialer Ausgleich stets aus den Zuwächsen bestritten werden. Eine stationäre Wirtschaft müsste auf sozialen Ausgleich verzichten oder an den Bestand gehen, was die Eigentums- und damit die Systemfrage akut werden liesse.

Hier kommt die linke Perspektive ins Spiel. Eine entscheidende Rolle hat dabei die Analyse der Ware Arbeitskraft. Die klassischen Ökonomen, zu denen auch Marx zu zählen ist, vertraten die Arbeitswertlehre. Der Wert eines Guts oder einer Dienstleistung ist danach objektiv bestimmt durch die dafür benötigte Arbeitszeit. Marx trieb die Analyse auf die Spitze, indem er sie auch auf die Ware Arbeitskraft selbst anwendete. Der objektive Preis der Arbeit ist dann die durchschnittliche Arbeitszeit, die für ihre Reproduktion erforderlich ist. Darunter sind dabei nicht nur die physiologischen Grundbedürfnisse zu verstehen, sondern auch ein sozial akzeptables Mass an sozialer und kultureller Teilhabe sowie die Kosten für den Nachwuchs. Die an sich einfache Theorie gewinnt dadurch an Komplexität und verliert an Trennschärfe, was bis heute zu langen Debatten führt. Unberührt davon ist die Feststellung, dass seit dem Beginn des Industriekapitalismus das Wachstum der Arbeitsproduktivität gegenüber allen vorangegangenen Epochen unvergleichlich hoch ist, wodurch die für die Reproduktion benötigte Arbeitszeit schnell abnimmt. Das in der darüberhinausgehenden Arbeitszeit geschaffene Produkt, den «Mehrwert», eignen sich die Besitzer*innen der Produktionsmittel an. Der Clou ist, dass dabei Löhne gezahlt werden, die tatsächlich dem Wert der Ware Arbeitskraft entsprechen.

Für den revolutionären Flügel der Linken war die gemeinschaftliche Verfügung über den Mehrwert nur durch einen Umsturz der Eigentumsverhältnisse denkbar. Der gewerkschaftlich-reformistische Flügel hat mit Rückgriff auf diese Theorie stattdessen die Verkürzung der Arbeitszeit zum Programm erhoben, und die Wohlfahrtsstaaten des 20. Jahrhunderts haben in der Folge einen mehr oder weniger grossen Teil des Mehrwerts den Beschäftigten zugutekommen lassen: Die Löhne sind in den reicheren Ländern zumeist deutlich über das Subsistenzniveau gestiegen, und ergänzend oder alternativ dazu werden öffentliche Güter bereitgestellt, die aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden. In den reichsten Ländern haben wir es also mit einer Kombination von gegenüber dem 19. Jahrhundert markant kürzeren Erwerbsarbeitszeiten und deutlich höheren Löhnen zu tun. Ein Teil der durch die Produktivitätsfortschritte erzielten Produktionszuwächse kam also im globalen Norden den Beschäftigten zugute. An der Peripherie der Weltwirtschaft kann davon allerdings teils nur sehr eingeschränkt die Rede sein, aber denkbar ist, dass die Entwicklung dort ähnlich verlaufen wird.

Der im Produktivitätswachstum begründete linke Fortschrittsoptimismus hat also noch nicht ausgedient. Unterscheidet er sich dabei vom Fortschrittsoptimismus der Übrigen? Im öffentlichen Diskurs hierzu heisst es verbreitet, dass wir es jetzt mit nicht weniger als einer vierten Industriellen Revolution zu tun haben.⁵ Auch wird nun (wieder einmal) lebhaft darüber diskutiert, ob der technische Fortschritt die menschliche Arbeit weitgehend ersetzen könnte und – wenn ja – welche Konsequenzen davon zu erwarten wären. Neuem werden wir entgegensehen, wenn die Automatisierung und Digitalisierung so umfassend werden sollte, dass menschliche Arbeitskraft in der Tat weitestgehend überflüssig würde. Mit dem Ende der Knappheit würde die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zur entscheidenden Frage.

Produktivitätssteigerungen sind also der Schlüssel zum besseren Leben, vorausgesetzt, die Verteilung schliesst niemanden davon aus. Zum besseren Leben zählt aber auch eine zunehmende Freiheit von Arbeitsleid (entfremdeter Arbeit). Zu den Widersprüchen der herrschenden Wirtschaftsordnung gehört jedoch, dass trotz sichtbarer und verborgener Arbeitslosigkeit eine akzeptable Befriedigung der ökonomischen Bedürfnisse ungeachtet steigender Arbeitsproduktivität nur mit einer Vollzeitanstellung von rund 40 Wochenstunden zu erreichen ist. Bei Routinetätigkeiten, also stark entfremdeten Arbeiten, impliziert dies viel Mühsal und Arbeitsleid. Ausserdem kann bei steigender Arbeitsproduktivität ein gleichbleibendes Beschäftigungsvolumen nur durch anhaltendes Wirtschaftswachstum, eine kontinuierliche Abnahme des Anteils Erwerbstätiger an der Gesamtbevölkerung, durch eine systematische Verkürzung der Arbeitszeit, oder eine Kombination von alledem gesichert werden.

Die Postwachstumsdebatte weist nun zu Recht darauf hin, dass dauerhaft positive Wachstumsraten exponentielles Wachstum bedeuten. Für die Arbeitsproduktivität ist das erwünscht. Fortschrittsoptimismus, gleich welcher politischen Schattierung, wäre ohne die Annahme eines vielleicht nicht immerwährenden – aber zumindest noch für lange Zeiten positiven – Produktivitätswachstums nur schwer begründbar. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität darf aber nicht zu einem entsprechenden Zuwachs der materiellen Produktion führen, solange keine Entkoppelung der Produktion von der Ressourcenbelastung erfolgt. Der kategorische Imperativ der Postwachstumsgesellschaft ist also, dass die Gewinne aus dem Produktivitätswachstum nur in Form von zusätzlicher Freizeit oder nachhaltiger Produktion (immateriellem Wirtschaftswachstum) ausgeschüttet werden dürfen.

Wie ist das auf die lange Frist zu bewerkstelligen? Eine kontinuierliche Verminderung der Erwerbsbevölkerung ist, solange das meiste Einkommen von der Erwerbstätigkeit abhängt, kaum vorstellbar. Die langfristige Vollbeschäftigungsbedingung ist dann, dass das Produktivitätswachstum dem Wirtschaftswachstum abzüglich der Arbeitszeitkürzung entsprechen muss. Immaterielles Wirtschafts-

wachstum ist nicht an Ressourcen gebunden und daher prinzipiell ohne Grenze möglich, aber was soll das darstellen? Eine immer mehr vom Markt durchdrungene Gesellschaft? Und was soll nach einer vollständigen Ökonomisierung aller Lebensbereiche noch zusätzlich an immaterieller Produktion nachgefragt werden? Wir können heute zwar nicht wissen, inwieweit in der Zukunft die Entkoppelung des Wachstums von nicht-erneuerbaren Ressourcen gelingen (oder vielleicht sogar auf ausserirdische Ressourcen zurückgegriffen werden) kann, für die absehbare Zukunft ist eine vollständige Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen aber kaum vorstellbar. Damit muss ein gerade aus linker Sicht erwünschtes und prinzipiell unbeschränktes Produktivitätswachstum mit einem auf absehbare Zeit problematischen globalen Wirtschaftswachstum vereinbart werden.

Eine Option ist, durch Markteingriffe eine Veränderung der relativen Preise zu bewirken, welche zu sparsamerem Ressourceneinsatz führen, oder dies durch Rationierung und Verbote zu regeln. Wie oben angeführt, dürfte aber eine völlige Entkoppelung auf absehbare Zeit jenseits des Möglichen liegen. Zudem zeigen die bisherigen Erfolge bei der Verbesserung der Ressourceneffizienz, dass sie den finanziellen Spielraum der Betroffenen erhöhen, sodass sich der Ressourcenverbrauch im Endeffekt weniger als proportional zum Effizienzgewinn oder im Extremfall überhaupt nicht vermindert (Reboundeffekt).

Die zweite Option ist eine Reduktion der Arbeitszeit. Dem Produktivitätszuwachs muss, wenn Vollbeschäftigung garantiert werden soll, kein entsprechendes Wirtschaftswachstum gegenüberstehen; der Produktivitätszuwachs kann frei auf zusätzliche Produktion und Verminderung der Arbeitszeit verteilt werden. Dabei ergeben sich aber folgende Konfliktlinien: Für eine nachhaltige Entwicklung ist dem «Prinzip Verantwortung» (Jonas 1979) zufolge ein möglichst geringes globales Wirtschaftswachstum wünschenswert.⁶ Bei den Beschäftigten hängt von den Präferenzen ab, welche Aufteilung des Produktivitätswachstums auf zusätzlichen Konsum oder mehr Freizeit gewünscht wird. Für die Kapitalbesitzer*innen ist dagegen stetiges Wirtschaftswachstum die beste Lösung, was aber zu einem ökologischen Kollaps und damit einem katastrophalen Ende der bestehenden Wirtschaftsordnung führen könnte.

Eine ausgehandelte oder durch politische Macht herbeigeführte Begrenzung des Wirtschaftswachstums deutlich unter das technisch Erzielbare in Verbindung mit systematischer Arbeitszeitverkürzung würde das Risiko verringern. Angesichts der politischen Realitäten (Machtverhältnisse; Einstellungen der Stimmbevölkerungen in den parlamentarischen Demokratien) spricht derzeit leider nur wenig für das Szenario einer bewussten Entscheidung zur koordinierten Begrenzung des potenziellen Schadens.

Wenn das Postwachstumsszenario trotzdem eintreffen sollte, dürfte die Zukunft Elemente der bereits von John Stuart Mill und John Maynard Keynes


skizzierten Perspektiven enthalten: Suffizienz bei stationärer Bevölkerung und Produktion und immer kürzere Arbeitszeiten. Die sowohl Mill als auch Keynes eigene Perspektive des englischen Gentlemans, der sich am Komfort, den ihm die britischen Kolonialwirtschaft ermöglicht, erfreuen kann, ist allerdings nicht mehr zeitgemäss. Heute gilt es zu berücksichtigen, dass für die Transition hin zu einer ressourcensparenden und klimaneutralen Wirtschaft der nicht-nachhaltige Konsum von Gütern und Dienstleistungen reduziert werden muss, was Importgüter einschliesst, die anderswo nicht nachhaltig produziert werden. Ökonomisch effizient wären naturwissenschaftlich bestimmte Absenkungspfade, welche die Welt von den befürchteten Kippunkten fernhalten, konsequent durchgesetzt durch Lenkungsabgaben oder Rationierungen mit persönlichen Kontingenten (z.B. soundso viel Kilo Fleisch und soundso viele Flugkilometer pro Jahr), die handelbar sind.

Diese Notwendigkeit anzuerkennen und für ihre Durchsetzung einzustehen, fällt aber vielen linken Parteien und Parteigänger*innen schwer, denn der Zugang zu den weniger nachhaltigen Gütern wäre dann nur noch für Bessergestellte erschwinglich. Diese können sich einen riesigen ökologischen Fussabdruck leisten, während für die «einfachen Leute» wohl ein Auto, Fernreisen oder häufiger Fleischverzehr zunehmend unerschwinglich werden dürften – ja sollen! Das wird in vielen linken Kreisen als sozial unausgewogen betrachtet. Die hier vertretene linke Perspektive erlaubt aber keinen menscheitsgefährdenden kollektiven Konsum von Gütern und Dienstleistungen. Wenn dabei als anstössig empfunden wird, dass vieles (wieder) zum Privileg der Bessergestellten wird, sollte zur Kenntnis genommen werden, dass die Bessergestellten bereits heute privilegiert sind und sich Dinge leisten können, die ausserhalb des Budgets der meisten anderen liegen. Das ist aber eine Frage der Einkommens- und Vermögensverteilung, auf deren Korrektur linke Politik zielen sollte, wenn sie sich daran stösst. Aus Gründen des sozialen Ausgleichs nachhaltige Preise für menscheitsgefährdende Güter und Aktivitäten abzulehnen, ist mutlose Realpolitik, mit der man vermutlich zukünftig nicht einmal mehr Wahlen gewinnt, geschweige denn eine bessere Welt.

Zusammenfassend zeigt sich aus linker Perspektive, dass der technische Fortschritt ein gewaltiges Potenzial für ein besseres Leben birgt, welches nicht gleichzeitig die Lebensgrundlagen der Menschheit gefährden muss und somit auch dem Kernanliegen der Wachstumskritik entspricht. Damit dieses Potenzial ausgeschöpft werden kann, ohne zu wachsender Arbeitslosigkeit oder zu ressourcenbelastendem Wachstum zu führen, müssen tiefgreifende Veränderungen erfolgen. Dazu gehören eine fortschreitende Verminderung der Ressourcenintensität des Wirtschaftens, ein Wandel von materiellem Wachstum zu Suffizienz – beginnend in den reichen Ländern, nach globaler Überwindung der Armut auch in der Peripherie – und allgemeine Arbeitszeitverkürzung, forciert bei Tätigkeiten mit hohem Arbeitsleid. Ergänzt werden müsste dies durch Reformen derjenigen sozialen Sicherungs-

systeme, die allein durch eine (direkte oder implizite) Besteuerung des Faktors Arbeitskraft finanziert werden (z.B. Schweizer AHV, deutsche Kranken- und Rentenversicherung), hin zu einer allgemeinen Steuerfinanzierung.

Erreicht würde damit die Sicherung der zum guten Leben gehörenden individuellen Ansprüche an die vergesellschaftete Produktion in Verbindung mit Arbeitszeiten weit unter den heute üblichen. Eine Utopie ist ein schöner Tagtraum. Das hier skizzierte Szenario für ein besseres Leben liegt aber im Bereich des technisch Möglichen, und je dynamischer sich der arbeitssparende technische Fortschritt ausbreitet, desto einfacher wird es zu realisieren sein. Die grössten Hindernisse liegen im zu erwartenden politischen Widerstand der vermeintlichen oder tatsächlichen Verlierer*innen, in der normativen Kraft des Faktischen in den reichen Ländern und in der massiven Armut und dem Fehlen an technischen Mitteln zur Befreiung davon in den ärmeren Ländern der Welt, in denen die Knappheit noch lange nicht überwunden ist.

Die globale Perspektive erfordert also einen (impliziten oder expliziten) internationalen Gesellschaftsvertrag mit der kategorischen Bedingung der Sicherung der Existenzgrundlagen der Menschheit. Ob dabei, wie teils in der Postwachstumsdebatte argumentiert, kleinräumige, basisdemokratische und subsistenzwirtschaftliche Elemente eine tragende Rolle spielen werden, ist eine offene Frage. Offen bleibt leider auch, ob es überhaupt gelingen wird, die Lebensgrundlagen der Menschheit zu sichern. In Grundzügen klar ist, was erforderlich wäre, damit es gelingen kann, aber nicht, dass es gelingen wird. 

ANMERKUNGEN

- 1 André Gorz' «Écologie et Liberté» folgte 1977. Im Gegensatz zum Club of Rome skizzierte er Szenarien, wie der (französische) Wohlstand durch eine Kombination von Effizienzgewinnen und Genügsamkeit ohne Wirtschaftswachstum erhalten bleiben könnte.
- 2 <https://population.un.org/wpp/>
- 3 Mir sei verziehen, wenn ich von anderen für konstitutiv gehaltene Elemente der Postwachstumsdebatte übergangen habe und dafür auf die Literatur verweise. Für den deutschsprachigen Raum ist der Beitrag von Niko Paech (2016) ein guter Einstieg; für eine Schweizer Perspektive; vgl. Frohofer/Vontobel 2021.
- 4 Vgl. hierzu die Beiträge von Andrew McAfee (2019), der die Entkoppelung als bereits weitgehend vollzogen darstellt.
- 5 Die erste betraf die Mechanisierung der Textilindustrie und die Nutzbarmachung fossiler Energieträger in der Produktion, die zweite die Rationalisierung der Produktion durch Fordismus/Taylorismus und die dritte den Einzug von IT in die Produktion.
- 6 In dem gegebenen Zusammenhang folgt aus diesem Prinzip, dass die heutige Generation nicht von einer zukünftigen Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch ausgehen darf, selbst wenn eine solche nicht ausgeschlossen werden kann.

LITERATUR

- Frohofer, F./Vontobel W. (2021): Eine Ökonomie der kurzen Wege, Zürich.
- Jonas, H. (1979): Das Prinzip Verantwortung, Frankfurt a.M.
- Keynes, J. M. (1963), Economic Possibilities for our Grandchildren [1930], in: ders.: Essays in Persuasion, New York, S. 358–373.
- Marx, K. (1976): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie [1848], in: Marx, K/Engels, F.: Werke [MEW], Bd. 1, Berlin, S. 201–333.
- McAfee, A. (2019): More from less – the surprising story of how we learned to prosper using fewer resources – and what happens next, New York.
- Meadows, D. H./ Meadows, D. L./Randers, J./Behrens III, W. W. (1972): The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind, New York.
- Mill, J. St. (1848): Principles of Political Economy with some of their Applications to Social Philosophy, London.
- Paech, N. (2016): Befreiung vom Überfluss. Grundlagen einer Wirtschaft ohne Wachstum, <https://opus4kobv.de>